05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:25 Uhr Seite 111

Nils Köhler und Rüdiger Möller: „Die Nordmark helfe der Ostmark“[1]

Ostpreußische Kriegsflüchtlinge in Norderdithmarschen während des Ersten Weltkrieges

Einleitung. Millionenfach mussten Menschen in Europa im gerade zu Ende gegangenen 20. Jahrhundert ihre Heimat verlassen. Der Historiker Johannes-Dieter Steinert nannte es jüngst das „Jahrhundert der Zwangswanderungen“, auch das Wort vom „Jahrhundert des Flüchtlings“ wurde geprägt.[2]

Beginnend mit Bevölkerungstransfers zwischen Bulgarien und der Türkei im Jahre 1913 und endend mit dem Krieg im Kosovo, reihen sich Zwangswanderungen aneinander. Rein zahlenmäßig steht die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges an erster Stelle; das Schicksal des Heimatverlustes aber teilten alle Betroffenen der verschiedensten Nationalitäten.

Unmittelbar nach Beginn des Ersten Weltkrieges nahm Schleswig-Holstein rund 20000 deutsche Kriegsflüchtlinge aus Ostpreußen auf. Ein gar nicht so kleines Ereignis am Rande eines großen Krieges und trotzdem knapp ein Jahrhundert später nahezu vergessen.

Anders als die rund 5000 Arbeiter aus dem russischen Teil Polens, die zu Ende des Krieges in Schleswig-Holstein beschäftigt waren, und die rund 50000 Kriegsgefangenen, die 1916 in der Provinz arbeiteten, finden diese Menschen in den neueren Darstellungen über die Kriegsjahre in Schleswig-Holstein überhaupt keine Erwähnung.[3]

Migrationen bleiben nicht ohne Wirkung auf die Aufnehmenden, daher ist dieses Thema keineswegs nur die Geschichte der Flüchtlinge, also etwa ein Teil der Landesgeschichte Ostpreußens, die sich diesem Thema im übrigen auch nur ansatzweise angenommen hat. Was für die Schutzsuchenden mit der leidvollen Erfahrung von Gewalt und Flucht verbunden war, bedeutete für die Eingesessenen einen auch mit Argwohn betrachteten Zustrom von „Fremden“.

Lange vor den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus zahlreichen europäischen Ländern, die zwischen 1939 und 1945 zum Alltag in Schleswig-Holstein gehörten, und vor dem schwierigen Integrationsprozess der nach Schleswig-Holstein strömenden 1,2 Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Menschen zwischen Nord- und Ostsee schon 1914 mit einem – wenn auch temporären und in wesentlich kleinerem Umfang – massiven Zustrom von „Fremden“ in ihrem direkten Gesichtsfeld konfrontiert.

Doch im Unterschied zu den Arbeitsmigranten, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus den deutschen Ostprovinzen nach Schleswig-Holstein zogen und die in einem längeren, durchaus schwierigen Prozess integriert werden konnten, kamen die Ankömmlinge im Herbst 1914 plötzlich und unfreiwillig und bedeuteten für viele Einheimische in erster Linie eine zusätzliche Belastung in Kriegszeiten. Zum Verständnis der Fluchtbewegung soll zunächst kurz auf den militärischen Hintergrund eingegangen wer-

1 Landesarchiv Schleswig (LAS) Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3904, aus einem Aufruf des Regierungs- und Baurates Gyßling, Schleswig, vom 12.9.1914.

2 Vgl. Johannes Dieter Steinert: Das Jahrhundert der Zwangswanderungen, in: Rainer Schulze, Reinhard Rohde, Rainer Voss (Hg.), Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000, Osnabrück 2001, S. 19-28. Vgl. auch Rainer Schulze: „Nicht alle die kamen blieben auf Dauer“. Zuwanderungen im Landkreis Celle im 20. Jahrhundert.“, in: ebd., S. 29.

3 Vgl. Britta Nicolai-Kolb: „Der Kampf an der Heimatfront“. Leben und Überleben im Ersten Weltkrieg, in: Gerhard Paul, Uwe Danker, Peter Wulf (Hg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848-1948, Bonn 1996, S. 117-123. Ebenso: Hans Schultz Hansen: Schleswig-Holstein im 1. Weltkrieg 1914-1918, in: Ulrich Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996, S. 483-485 und Uwe Danker: Die Jahrhundertstory, Band 1, Flensburg 1998, S. 108-127.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:25 Uhr Seite 112

den. Die Ostpreußen gehörten zum holsteinischen Alltag im ersten Kriegswinter, daher wird auch ein knapper Überblick über die damit verbundenen Ereignisse in Schleswig-Holstein gegeben werden, bevor am Beispiel des Landkreises Norderdithmarschen dann die alltäglichen Probleme beleuchtet werden. Wo fanden die Flüchtlinge Aufnahme, wer kümmerte sich um sie, welche Schwierigkeiten traten auf, welche Konflikte? Spiegelte sich die Kriegseuphorie der ersten Monate in besonders solidarischem Verhalten gegenüber den Vertriebenen wider? Hinterließen die Flüchtlinge bleibende Spuren oder fanden einige hier auf Dauer eine neue Heimat?

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:25 Uhr Seite 113

Abb. 1: Kriegsimpression aus Ostpreußen als Ansichtskarte: Die Kreisstadt Gerdauen ist wie viele andere Städte und Dörfer nach Ende der Kampfhandlungen weitgehend zerstört. (Sammlung Köhler)

Krieg in Ostpreußen 1914/15. Nach Tagen diplomatischer Bemühungen und intensiver Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten erklärte das Deutsche Reich Russland am 1. August 1914 den Krieg.

Doch die deutsche Kriegsplanung konzentrierte sich vor allem auf einen Westfeldzug gegen Frankreich.

Trotz der deutschen Kriegserklärung an Russland waren die deutschen Ostprovinzen nur höchst unzureichend geschützt, als in der Nacht vom 1. auf den 2. August 1914 russische Verbände an verschiedenen Punkten die Grenze überschritten. Aus dem kleinen Grenzort Schwidden, südöstlich von Bialla gelegen, kam die erste

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:25 Uhr Seite 114

Meldung über eine einrückende stärkere russische Kolonne mit Geschützen. Reitende Kosaken drangen schnell weiter in das südöstliche Masuren ein. Mit dem russischen Vormarsch in die waldreiche Gegend um Johannisburg und Bialla begannen die Kampfhandlungen.[4]

Am 2. August besetzten russische Truppen auch den gut 150 Kilometer nördlich gelegenen deutschen Grenzbahnhof Eydtkuhnen im Kreis Stallupönen. Die preußische Provinz Ostpreußen sah sich einem großflächigen Angriff zweier russischer Armeen ausgesetzt. Im Nordosten drang die Njemenarmee unter General Rennenkampf in den Regierungsbezirk Gumbinnen ein, im Süden besetzte die Narewarmee des Generals Samsonow schnell weite Teile Masurens.

Trotz eines erfolgreichen Gegenangriffs bei Gumbinnen zogen sich die zahlenmäßig weit unterlegenen deutschen Verbände vor der „russischen Dampfwalze“[5] rasch nach Westen Richtung Weichsel zurück – mehr als ein kurzes Hinhalten wäre den kaiserlichen Truppen ohnehin nicht möglich gewesen.

Sieben der acht deutschen Armeen standen im Westen; der Schlieffen-Plan setzte auf einen „Blitzkrieg“ und einen raschen Sieg im Westen, nahm dafür durch den Angriff auf das neutrale Belgien den Bruch des Völkerrechts in Kauf. Erst danach wollte man sich den Streitkräften des Zaren im Osten zuwenden. Doch der Kern der Kriegsplanung datierte aus dem Jahr 1905, ging von der damaligen Schwäche des Zarenreiches aus. Erst rund zwei Monate nach Kriegsbeginn sollten schlagkräftige deutsche Truppen im Osten aufmarschieren, nach der Niederwerfung Frankreichs. Die Realität aber sah anders aus: Weite Gebiete Ostpreußens mussten zunächst aufgegeben werden, zurück blieben große Teile der Bevölkerung. Für die Evakuierung der Zivilisten, die nun die Folgen der Pläne der deutschen Kriegsherren zu tragen hatten und die Schrecken des Krieges erleben mussten, waren keine Vorkehrungen getroffen worden.

Angesichts der prekären militärischen Lage im Osten sah sich der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke gezwungen, das Armeekommando auszuwechseln. Der pensionierte General Paul von Hindenburg wurde zum Oberbefehlshaber und Erich Ludendorff zum Stabschef der deutschen Truppen im Osten ernannt. Die Einheiten in Ostpreußen wurden nun verstärkt, zusammengenommen und in einer risikoreichen Aktion gegen die Armee von Samsonow konzentriert. Am Abend des 23. August 1914, kurz vor dem deutschen Gegenangriff, traf von Hindenburg nahe der Marienburg erstmals auf flüchtende Zivilisten: „Der Ernst der Stimmung wurde erhöht durch den Anblick vorüberziehender Flüchtlinge meiner Heimatprovinz. Eine traurige Mahnung, daß der Krieg nicht nur den wehrhaften Mann trifft, sondern daß er durch Vernichtung der Daseinsbedingungen Wehrloser zur tausendfachen Geißel der Menschheit wird.“[6] Am folgenden Tag begegneten weitere Opfer des Krieges dem General:

„Auf dem Wege von Marienburg nach Tannenberg vermehrten sich die Eindrücke vom Kriegselend, das über die unglücklichen

4 Zu den militärischen Ereignissen vgl. Karl Dietrich Erdmann: Der Erste Weltkrieg, in: Gebhardt, Handbuch der Geschichte, Band 18, München 1980.

5 Zeitgenössischer Begriff.

6 Generalfeldmarschall von Hindenburg: Aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 84.

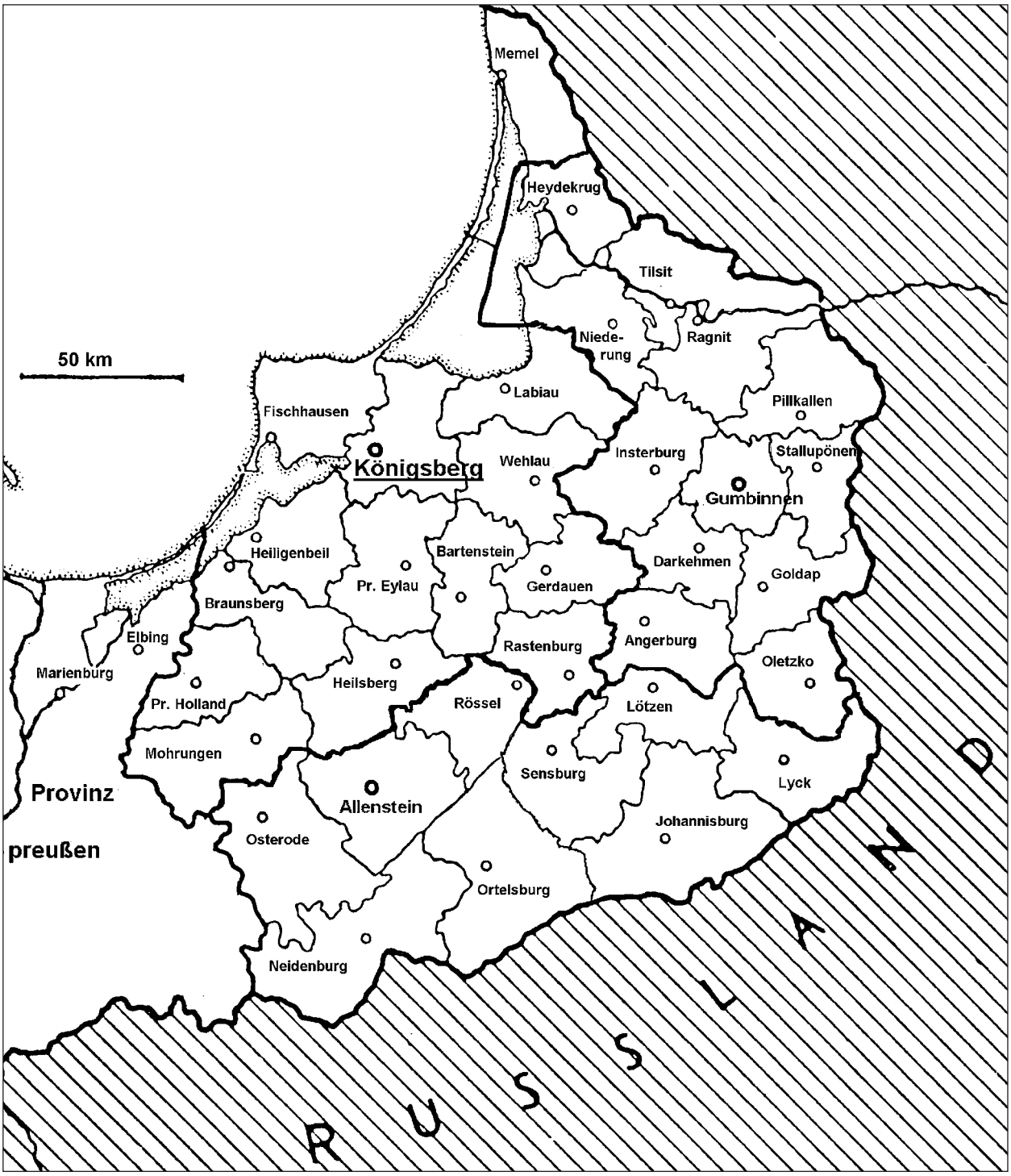


Abb. 2: Die preußische Provinz Ostpreußen im Jahre 1914. (Karte: Köhler/Möller)

Einwohner hereingebrochen war. Massen von hilflos Flüchtenden drängten sich mit ihrer Habe auf den Straßen und behinderten teilweise die Bewegungen unserer an den Feind marschierenden Truppen."[7]

Nur in diesen zwei Notizen finden die ostpreußischen Kriegsflüchtlinge in den Lebenserinnerungen des Paul von Hindenburg, des „Helden von Tannenberg", Erwähnung, erscheinen lediglich als Kulisse und Hindernis.

7 Ebd., S. 85.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 116

In einer Umfassungsschlacht zwischen dem 26. und 31. August 1914 gelang es den von Hindenburg und Ludendorff befehligten Truppen, die Narewarmee völlig zu zerschlagen; die überlebenden russischen Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Die siegreichen Gefechte gingen, benannt nach einem unweit der Kriegsschauplätze gelegenen Dörfchen im Kreis Osterode, als „Schlacht bei Tannenberg“ in die Geschichte ein.

Den Namen hatten die Sieger mit Bedacht gewählt. Durch den Rückgriff auf die gleichnamige legendäre Niederlage des Deutschen Ordens im Jahre 1410 gegen die Armee des polnischen Königs und russisch-tatarische Hilfstruppen überhöhten sie ihren Triumph.[8]

8 Vgl. Michael Salewski: Deutschland. Eine politische Geschichte, Band 2, 1815-1990, S. 149 ff.

Der Mythos, der dieser Schlacht und ihren Feldherren binnen Wochen anhaftete, beinhaltete vor allem die „Befreiung Ostpreußens von den Russen“. Diese Wirkung ist in die kollektive Erinnerung von Generationen eingegangen.

So wenig Tannenberg im Zentrum des Kriegsgeschehens lag, so falsch ist die Annahme, die Kriegsschrecken seien für die östlichste deutsche Provinz damit zu Ende gewesen. Die Schlacht war nur ein erster Schritt zur Befreiung Ostpreußens. Die Bewohner des Landes zwischen Memel und Weichsel sollten noch auf eine weitere harte Probe gestellt werden. Ein beträchtlicher Teil des Landes verblieb noch mehrere Wochen unter russischer Besatzung. Am 15. September 1914 musste sich auch die russische Njemenarmee in der Schlacht bei den Masurischen Seen geschlagen geben und zog sich weitgehend aus Ostpreußen zurück.

Doch große Teile der siegreichen deutschen Armee hatten unmittelbar im Anschluss dem bedrängten Verbündeten Österreich in Südpolen zur Hilfe zu eilen. Wieder ließ das deutsche Oberkommando die Menschen in Ostpreußen ohne ausreichenden militärischen Schutz zurück. Im Herbst 1914 konnten Truppen des Zaren so noch einmal einen beträchtlichen Landstrich im Osten der Provinz okkupieren.

Angesichts der bedrohlichen Lage auf dem östlichen Kriegsschauplatz wurde am 1. November 1914 eine besondere Kommandostelle des Oberbefehlshabers Ost („Oberost“) unter der Leitung von Hindenburg und Ludendorff eingerichtet. Es sollte noch Wochen dauern, ehe die beiden Sieger von Tannenberg ihre Forderung nach einer breit angelegten Offensive im Osten durchsetzen konnten.[9]

9 Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Band II, München 1992, S. 758ff.

Allein aus dem schwer betroffenen Kreis Tilsit im nördlichen Ostpreußen, für den die Provinz Schleswig-Holstein im Juli 1915 die Patenschaft übernahm, flohen über 8 000 Menschen. 458 Männer, 757 Frauen und 650 Kinder wurden von den russischen Besatzern verschleppt.[10]

10 Vgl. LAS Abt. 320.9 Kreis Husum, Nr. 120, Mitteilung des Oberpräsidenten in Schleswig vom 31.7.1915.

Beim ersten „Russeneinfall“ flüchteten zahlreiche Bewohner überstürzt, ausgestattet nur mit den Dingen, die sie tragen konnten oder die auf einem Pferdewagen Platz fanden. Mancher Flüchtlingstreck startete viel zu spät und wurde bald von den Verfolgern eingeholt. Die meisten Flüchtlinge fanden in den westlichen Kreisen der Provinz oder in Westpreußen Aufnahme.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 117

Mancherorts hielt sich die Angst vor den russischen Nachbarn in Grenzen. Doch Berichte von randalierenden Kosaken und eigene Erfahrungen mit Misshandlungen, Erschießungen, Verschleppungen und den schweren Verwüstungen, die die russischen Truppen auf ihrem Rückzug im September 1914 anrichteten, ließen jede Gelassenheit weichen. Als die Front ein zweites Mal über Teile Ostpreußens hinwegfegte, trafen die russischen Einheiten auf viele menschenleere Siedlungen.[11]

Die Angst der Ostpreußen vor der „Rache für Tannenberg“ war allgegenwärtig, verstärkt durch die Berichterstattung in der Presse.[12] So verließen beim Beginn der neuen russischen Offensive etwa 350 000 Flüchtlinge zunächst auf Wagentrecks ihre Heimat. Von Königsberg, Elbing und anderen Städten im westlichen Ostpreußen fuhren die Flüchtlinge dann per Bahn weiter. Vor allem die preußischen Provinzen Westpreußen, Pommern, Hannover und Schleswig-Holstein nahmen große Kontingente auf. Mancher, der flüchten musste, versuchte, direkt zu Verwandten zu gelangen. Doch Freifahrtscheine stellte die Bahn nur für Personen aus, die nachweisen konnten, dass ihr Wohnort von Russen besetzt oder bedroht wurde. Wer nicht in einem organisierten Transport Ostpreußen verließ, hatte in der Regel Schwierigkeiten, diesen Nachweis anzutreten, geschah die Flucht doch häufig in großer Eile, und die zuständigen Ämter waren längst geschlossen. Manche Flucht endete irgendwo auf einem Bahnhof, fern der Heimat und, weil das nötige Geld fehlte, auch ohne Aussicht, das gewünschte Ziel zu erreichen. Auf diese Zustände reagierten das Rote Kreuz, die Ostpreußenhilfe und andere Hilfsverbände mit scharfer Kritik an den Bahndirektionen.[13]

Infolge des feindlichen Eindringens in die Provinz ergaben sich Probleme für die Weiterführung einer geordneten Verwaltung.

Die Bezirksregierung verließ Gumbinnen und amtierte vorläufig in Insterburg. Sechs Landratsämter mussten ebenfalls geräumt werden. Während die Kreisverwaltungen von Goldap, Lyck (nach Königsberg), Darkehmen (Trempen) und Johannisburg (nach Sensburg) innerhalb Ostpreußens Quartier fanden, evakuierte man die Landratsämter Pillkallen (nach Danzig), Stallupönen (nach Stettin) und Oletzko (nach Berlin) sogar in andere Provinzen.[14]

In Königsberg wurde ein Staatskommissar für das Flüchtlingswesen eingesetzt. Landeshauptmann von Berg kümmerte sich fortan um die Verbindung zwischen der Provinz und ihren geflüchteten Einwohnern. Er war es auch, der die Verwaltung in Schleswig-Holstein und den anderen Gebieten, die Flüchtlinge aufgenommen hatten, laufend über die Situation in Ostpreußen informierte.

Während der russischen Besetzungen Ostpreußens floh insgesamt fast die Hälfte der Bevölkerung aus den umkämpften Gebieten. Nicht allen gelang es, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Rund 13 600 Zivilisten wurden nach Russland verschleppt, viele misshandelt und getötet – insgesamt 4 000 überlebten nicht.[15]

Wie im Krieg üblich und auf allen Seiten betrieben, plünderten die Besatzer das Land aus. Der russischen Herrschaft und den

11 Zur russischen Besatzung in Ostpreußen vgl. Fritz Gause: Die Russen in Ostpreußen 1914/15, Königsberg 1931.

12 Vgl. z. B. Ostpreußen unter russischer Herrschaft, in: Frankfurter Zeitung vom 26. Oktober 1914.

13 Vgl. LAS Abt. 301, Nr. 1810, Schreiben der Ostpreußenhilfe Altona an den Oberbürgermeister vom 23. November 1914.

14 Vgl. ebd., Schreiben des Oberpräsidenten von Ostpreußen an den Oberpräsidenten in Schleswig vom 27. Dezember 1914.

15 Vgl. Ronny Kabus (Hg.): Ostpreußen: Landschaft – Geschichte – Kultur im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, Husum 1997, S. 141.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 118

Friedrich von Berg-Markienen, geb. in Markienen/Ostpreußen 20.11.1866, † ebenda 9.3.1939. Der Sohn des Kgl. Preußischen Majors a.D. Friedrich v. B. (1835-1888), Herr auf Markienen im Kreis Bartenstein in Ostpreußen, stammte aus uckermärkischem Uradel. Nach dem Abitur wurde er zunächst Berufsoffizier, ehe er 1892 seinen Abschied nahm. Infolge des Todes seines Vaters war er 1888 außerdem Rittergutsbesitzer von Markienen geworden.

Er studierte 1894 die Rechte in Breslau und Bonn, wo er als Borusse Korpsbruder des Prinzen Wilhelm (1859-1941), des späteren Kaisers (Wilhelm II.) war. Anschließend trat er 1894 in den preußischen Verwaltungsdienst ein, wo er bis 1896 als Gerichts-Referendar in Bartenstein tätig war. 1896 bis 1898 war er Regierungs-Referendar in Danzig, ab 1899 Regierungs-Assessor in Berlin und in Niederbarnim, bevor er 1903 das Amt des Landrats in Goldap erhielt. Seiner Karriere war es durchaus zuträglich, dass er bei Jagden in Rominten regelmäßig Kaiser Wilhelm II. begegnete. Nach drei Jahren avancierte er 1906 als Vortragender Rat ins Kaiserliche Geheime Zivilkabinett, war daneben 1909 bis 1916 Landeshauptmann von Ostpreußen. Hierhin kehrte er dann 1916 bis 1918 als Oberpräsident zurück, nachdem sein Vorgänger Adolf Tortilowicz v. Batocki-Friebe das Kriegsernährungsamt übernommen hatte. Der als extrem konservativ geltende treue Gefolgsmann Ludendorffs und Hindenburgs versah, von den Generälen gefördert, ab Januar 1918 als letzter das Amt des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts. Als wichtigster Ratgeber des Kaisers drängte er diesen zum Durchhalten und trat als Gegner all jener auf, die an der Möglichkeit eines „Siegfriedens“ zweifelten.

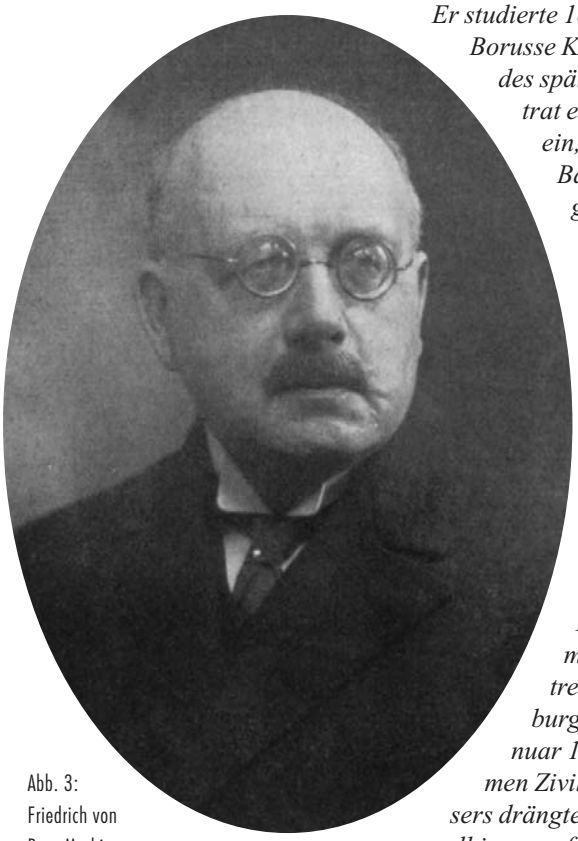


Abb. 3: Friedrich von Berg-Markienen, Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Ostpreußen, koordinierte Evakuierung und Rückkehr seiner Landsleute. (Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft)

Als im Oktober 1918 das Kabinett des Prinz Max von Baden gebildet wurde, das von Berg als „linksgerichtet“ und „Wegbereiter des Bolschewismus“ verurteilte, legte der überzeugte Monarchist sein Amt nieder. 1919 wurde er Vorsitzender des ostpreußischen Provinziallandtages, Mitglied des Kirchensenats und Präses der ostpreußischen Synode. Dem Provinziallandtag gehörte er bis 1933 als deutschnationaler Abgeordneter an. 1921 berief ihn sein Studienfreund Wilhelm II. zum Generalbevollmächtigten des Preußischen Königshauses. Als solcher führte von Berg unter anderem die Verhandlungen um das Vermögen der ehemaligen Krone mit dem Deutschen Reich in den Jahren 1921 bis 1926. 1932 trat er noch einmal politisch in Erscheinung, als er sich in einem Aufruf anlässlich der Reichspräsidentenwahl für die Wiederwahl Hindenburgs gegen Hitler einsetzte.[16]

16 Vgl. Klaus v. d. Groeben: Das Land Ostpreussen: Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750 bis 1945, Kiel 1993, S. 165 ff und Heinrich Potthoff (Bearb.): Friedrich v. Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918, Bonn 1971, S. 38 ff.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 119

Kampfhandlungen fielen 870 000 Stück Vieh zum Opfer; 24 000 Häuser blieben zerstört zurück. Vielen Flüchtlingen war die Existenzgrundlage genommen worden.

Der zweite russische Vorstoß scheiterte in der Winterschlacht in Masuren im Februar 1915. Erst im Frühjahr 1915 – ein halbes Jahr nach Tannenberg – hatten die letzten russischen Soldaten das in weiten Teilen verwüstete Land verlassen.

Von Berg teilte daher am 17. Februar 1915, als sich die Kunde von dem erneuten Sieg Hindenburgs über die Russen verbreitete, mit, dass eine Rückkehr der Flüchtlinge trotz der siegreichen Kämpfe noch nicht möglich sei. Die Gebäude in den befreiten Gebieten standen zwar zum größten Teil noch, waren aber von russischen Soldaten ausgeplündert worden. Lebensmittel und Brennmaterialien fehlten dort noch, so dass die Aufnahme einer größeren Zahl von Heimkehrern noch nicht möglich war. Von Berg appellierte aber an die Beamten, Pastoren und Lehrer unter den Flüchtlingen, dringend zurückzukehren, um die Rückkehr der anderen Evakuierten vorzubereiten.[17] Wenige Tage später kehrte die Bezirksregierung bereits wieder nach Gumbinnen zurück.[18]

Kaiser Wilhelm II., lange Zeit ein Befürworter des für Ostpreußen so verhängnisvollen Schlieffen-Planes, eilte am 16. Februar in die masurische Kreisstadt Lötzen und verkündete: „Meine Freude über den herrlichen Erfolg wird beeinträchtigt durch den Anblick des einst so blühenden Striches, der lange Wochen in der Hand des Feindes war; bar jedes menschlichen Fühlens hat er auf der Flucht fast das letzte Haus verbrannt oder sonst zerstört. Ich weiß mich mit jedem Deutschen eins, wenn ich gelobe, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues frisches Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen.“ Der Kaiser nutzte die Gunst der Stunde, verurteilte die Taten des militärischen Gegners und lenkte so davon ab, dass die von ihm geförderten aggressiven Angriffspläne im Westen zu einem erheblichen Teil dafür verantwortlich waren, dass Ostpreußen überhaupt zum Schlachtfeld werden konnte. Die Rede nahm Bezug auf das breit angelegte Programm der „Ostpreußenhilfe“, das ursprünglich schon im Herbst 1914 hatte anlaufen sollen. Der ostpreußische Oberpräsident Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe warb im März 1915 in Berlin um Hilfe für den Wiederaufbau seiner Provinz. Es solle „für jede zerstörte ostpreußische Kleinstadt eine wohlhabende ‚Patenstadt‘ im Reiche gewonnen werden, welche die Fürsorge für die betreffende ostpreußische Kleinstadt übernimmt.“[19]

Ostpreußische Kriegsflüchtlinge in Schleswig-Holstein. Der „Russeneinfall“ in Ostpreußen war ein vorherrschendes Thema in den deutschen Zeitungen, wertete man ihn doch als Beleg für die Angriffslust des östlichen Nachbarn. Die Ereignisse verankerten in der deutschen Bevölkerung tief die Überzeugung, ohne Vorwarnung überfallen worden zu sein, mithin einen gerechten Krieg zu führen.[20] Den Zeitungen folgten Sonderausgaben von Illustrierten mit Fotos, die die Zerstörungen in der östlichsten deutschen Provinz zeigten; im ganzen

17 Vgl. LAS Abt. 320.3 Kreis Eckernförde, Nr. 2854.

18 Vgl. LAS Abt. 301, Nr. 1810, Schreiben des Oberpräsidenten von Ostpreußen an den Oberpräsidenten in Schleswig vom 27. Dezember 1914.

19 LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2108, Vortrag des Oberpräsidenten von Batocki in Berlin am 16. März 1915.

20 Vgl. Salewski: Deutschland, S. 148.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 120

Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, geb. in Bledau/Ostpreußen 31.7.1868, † in Wosegau/Ostpr. 22.5.1944, Sohn des preußischen Majoratsherrn Otto Tortilowicz v. Batocki-Friebe, der erst 1857 den preußischen Adelsstand erlangt hatte. Nach dem Abitur auf dem Friedrichs-Kolleg in Königsberg studierte er Jura in Bonn, Straßburg und Königsberg, wurde 1889 Gerichtsreferendar, 1894 Regierungs-Assessor, bevor er aus dem Staatsdienst zur Bewirtschaftung des väterlichen Gutes ausschied. 1900-1907 Landrat in Königsberg und 1907-1914 Vorsitzender der Landwirtschaftskammer von Ostpreußen, hatte er von August 1914 bis Mai 1916 das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen inne. Durch sein erfolgreiches Wirken für den raschen Wiederaufbau der Provinz erwarb sich der weltmännisch auftretende Konservative hohes Ansehen in allen politischen Lagern. Auf dem Umstand, dass Batocki in dem Berliner Bankier Zacharias Friebe einen Vorfahren mosaischen Bekenntnisses hatte, baute später die Kritik von Antisemiten auf, als sie gegen die Juden in den Kriegsgesellschaften demonstrierten. Von Mai 1916 bis August 1917 legte Batocki als Präsident des Kriegsernährungsamtes mit einem eigens dafür eingerichteten Mitarbeiterstab den Grundstein für die Organisation von Deutschlands Ernährung im Krieg. Nach einem Kriegseinsatz 1917 beim Armee-Oberkommando Nr.17 fungierte Batocki von Januar 1918 bis Juli 1919 noch einmal als Oberpräsident in Königsberg, bevor er sich als ordentlicher Honorarprofessor der Universität Königsberg vorrangig der Wissenschaft widmete. Das Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei gehörte außerdem zahlreichen ostpreußischen Aufsichtsräten und dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft an.[20]

Abb. 4: Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, Oberpräsident von Ostpreußen, warb im ganzen Reich für die Flüchtlinge und den Wiederaufbau seiner Provinz. (Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft)

20 Vgl. August Winnig: Adolf Tortilowicz v. Batocki-Friebe, in: Neue Deutsche Biographie, hg. von der Bayer. Akademie der Wissenschaften, Bd. 1, Berlin 1953, S. 627f und v. d. Groeben: Selbsterhaltung, S. 169 ff.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 121

Reich konnte man Ansichtskarten mit eben solchen Motiven kaufen. Schließlich erschienen bereits unmittelbar nach dem Sieg bei Tannenberg erste Bücher über die glorreiche Schlacht. Der Kaiser warb wie viele andere angesehene Persönlichkeiten um Solidarität mit den ostpreußischen Landsleuten.

Verschiedene Aufrufe richteten sich schon im September 1914 auch an die Schleswig-Holsteiner, wie der eines Schleswiger Regierungsrats: „Die Telegramme des Generalquartiermeisters melden uns von neuen Siegen unserer braven Ostarmee unter Führung des genialen Hindenburg. Wir können nun hoffen, daß Ostpreußen bald von den Russen geräumt wird. In die Freude hierüber mischt sich der Schmerz. Ostpreußen ist zum größten Teile verwüstet. Städte und Ortschaften sind zu Hunderten vom Feinde zerschossen und niedergebrannt. Der Schaden wird auf einundeinhalb Milliarden Mark geschätzt. Jahrzehnte werden vergehen, bis die Pferdezucht und die Viehzucht ihre alte Höhe wieder erreichen wird. (…)

Schleswig-Holsteiner! Eure Fluren sind nicht vom Feinde verwüstet. Ihr seid auf dem Gebiete der Landwirtschaft, insbesondere der Viehzucht im letzten Jahrhundert die Lehrmeister der Ostpreußen gewesen. Helft Euern Schülern. Nicht als Almosen sondern als Opfer schickt mir Geld, Betten, Kleidungsstücke. Der Winter ist in Ostpreußen besonders hart. Hunderttausende haben kein Obdach. Die Nordmark helfe der Ostmark:“[22]

Schon Ende August trafen erste Flüchtlinge aus Ostpreußen in Schleswig-Holstein ein. Leider liegen keine zuverlässigen Zahlen von diesem ersten Menschenzustrom des Ersten Weltkrieges vor.

Oberpräsident Friedrich von Moltke in Schleswig reagierte auf die neuen Aufgaben und setzte den Oberregierungsrat Eduard von Macard[23] als Flüchtlingskommissar ein.

Das preußische Innenministerium gab am 1. Oktober 1914 die Teile Ostpreußens westlich einer Linie Braunsberg-Allenstein-Neidenburg für die allgemeine Rückkehr frei. Den aus diesen Gebieten stammenden Menschen sollte ein Freifahrtschein für die Eisenbahnfahrt in ihre Heimat ausgestellt werden. Das Gebiet östlich dieser Gegend galt zu diesem Zeitpunkt noch nicht als vollständig gesichert, dennoch teilte der Innenminister den von dort geflüchteten Personen mit, „dass von zuständiger Stelle der Rat heimzukehren im allgemeinen noch nicht erteilt werden könne, dass auch eine Gewähr für dauernde Sicherheit und für eine allen Anforderungen entsprechende Unterkunft in der Heimat nicht geleistet werden könne, dass aber, wenn ein Antragsteller trotzdem bei dem Antrag verbleibe und im einzelnen Falle keine besonderen Bedenken vorlägen, eine zur Erlangung freier Eisenbahnfahrt ausreichende Bescheinigung ausgestellt werden könne:“[24] Nur eine Woche später musste diese Anordnung für das östliche Ostpreußen wegen der erneuten „Russengefahr“ widerrufen werden.

Während zahlreiche Flüchtlinge noch auf ihre baldige Heimkehr hofften, begann die gut organisierte Aufnahme der zweiten, noch größeren Flüchtlingswelle. In den ersten Novembertagen erhielt das

22 LAS Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3904, Aufruf des Regierungs- und Baurates Gyßling, Schleswig, den 12. September 1914.

23 Eduard v.Macard (1862-1942), Oberregierungsrat an der Regierung in Schleswig, 1914/15 Flüchtlingskommissar für die Provinz Schleswig-Holstein, 1918 Oberregierungsrat an der Regierung in Posen, zuletzt Regierungsvizepräsident .

24 LAS Abt. 301, Nr. 1810, Schreiben des Ministers des Innern an den Königlichen Oberpräsidenten in Schleswig vom 1. Oktober 1914.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 122

Regierungspräsidium in Schleswig aus dem Preußischen Innenministerium in Berlin die Mitteilung, dass der Landesteil Holstein 20 000 Ostpreußen aufnehmen müsse. Am 13. November informierte der Regierungspräsident die Landräte telegrafisch über die bevorstehende Ankunft der Flüchtlinge. So erhielt der Landrat in Itzehoe die Mitteilung: „Ersuche sofort nach den Grundsätzen der Einquartierung in Ihrem Kreise Quartier für etwa 2 500 Ostpreussische Flüchtlinge vorzubereiten. Bisher stark mit militärischen Einquartierungen belastete Orte sind tunlichst freizuhalten. Quartiergeld (…) 1 Mark für Erwachsene, 50 Pfennige für Kinder.“[25] Am folgenden Tag legte der Regierungspräsident den Verteilungsplan vor. Die holsteinischen Landkreise erhielten Flüchtlingskontingente, deren Größe drei Prozent der jeweiligen Einwohnerzahl der Kreise entsprach. Eine Ausnahme bildete der Kreis Pinneberg, der zwar mit 2 700 Personen die höchste Zahl von Flüchtlingen unterzubringen hatte, die aber nur 2,2 Prozent der Einwohner ausmachten. Bei dieser geringeren Bemessung berücksichtigte der Regierungspräsident die bereits im Kreis Pinneberg einquartierten helgoländischen Flüchtlingsfamilien. Ganz unberücksichtigt blieben die Städte Altona, Kiel, Wandsbek und Neumünster, und auch in den aufnehmenden Kreisen galt die Devise, dass die Flüchtlinge möglichst in kleineren Orten und auf dem Lande untergebracht werden sollten.[26]

Wenige Tage später trafen die ersten Flüchtlingstransporte ein. Der Bahnbevollmächtigte in Altona kündigte dem Landrat in Itzehoe am 17. November mittags in einem Telegramm an, dass abends gegen acht Uhr ein Zug mit 1 000 Personen in Glückstadt eintreffen werde; zwei Tage später erreichte ein zweiter Transport mit 1000 Ostpreußen die Stadt an der Elbe.[27]

Die im Verteilungsplan angegebenen Zahlen können als recht zuverlässig gelten. Ein namentliches Verzeichnis der ostpreußischen Flüchtlinge vom Steinburger Landrat aus dem Februar 1915 nennt 1052 Erwachsene und 887 Kinder, zusammen 1939 Personen.[28]

Am 22. November 1914 hielten sich im Kreis Norderdithmarschen 1117 der angekündigten 1 200 Flüchtlinge auf.[29] Der Kreis Pinneberg schließlich ließ bei der Buchdruckerei Kröger in Blankenese sogar ein Adressbüchlein drucken, in dem 2 312 Ostpreußen mit Heimatanschrift und Unterkunft im Kreis Pinneberg verzeichnet waren – vorgesehen für den Kreis waren 2 700 Personen.[30]

Liegen diese „realen“ Zahlen auch stets etwas unter der Planung, so muss noch eine ganze Reihe von nicht näher zu beziffernden Personen hinzu gezählt werden, die aus verschiedenen Gründen frühzeitig die Kreise wieder verließen und in den offiziellen Statistiken nicht erscheinen (Tabelle 1).[31]

Vielerorts zeigte sich bald, dass die vom preußischen Staat angesetzten täglichen Verpflegungspauschalen von einer Mark für Erwachsene und 50 Pfennigen für Kinder nicht ausreichten. In den meisten Kreisen konnte dieses Problem durch bereitwillige Spenden der Bevölkerung und der Gemeinden entschärft werden. Der Bordesholmer Landrat von Heintze dagegen lehnte das ergänzende Ein-

25 LAS Abt. 320.3 Kreis Eckernförde, Nr. 2854, Telegramm des Regierungspräsidenten an den Landrat in Schleswig vom 13. November 1914.

26 Vgl. LAS Abt. 301, Nr. 1810, Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten in Schleswig vom 14. November 1914.

27 Vgl. LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2103 und Nr. 2105.

28 Vgl. LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2106.

29 Vgl. LAS Abt. 320.10 Norderdithmarschen, Nr. 3903.

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. LAS Abt. 301, Nr. 1810, Schreiben des Oberbürgermeisters von Altona an den Oberpräsidenten vom 24. November 1914.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 123

Tabelle 1: Geplante Verteilung der angekündigten 20 000 Ostpreußen[32]

Landkreis	Einwohner	Belegung
Pinneberg	121 550	2700
Stormarn	85 851	2600
Steinburg	83 108	2500
Rendsburg	73 108	2200
Süderdithmarschen	59 953	1700
Lauenburg	54 571	1700
Plön	49 278	1500
Segeberg	44 886	1400
Oldenburg	43 392	1300
Bordesholm	40 510	1200
Norderdithmarschen	40 420	1200

32 Vgl. ebd., Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten in Schleswig vom 14. November 1914.

treten des Kreises oder der Gemeinden grundsätzlich ab. Er fürchtete, dass dann die einheimische Bevölkerung „die Anwesenheit der Ostpreußen doch als Last empfinden würde“.[33]

Das Quartiergeld für die aufnehmenden Familien, die Unterkunft und Verpflegung zu gewähren hatten, sorgte im Kreis Pinneberg für andere Irritationen. Die Gastgeber erhielten wie für die Helgoländer auch für die Ostpreußen von der Gemeinde unterschiedliche Pauschalen für Erwachsene und für Kinder. Unmut kam im November 1914 auf, als sich herausstellte, dass bei den Ostpreußen Kinder erst ab 14 Jahren zu den Erwachsenen gerechnet wurden, bei den Helgoländern jedoch schon ab zwölf Jahren.[34] Für diesen absurden Zustand hatten die Behörden im Januar 1915 noch immer keine Lösung gefunden. Verschärfend kam hinzu, dass sich inzwischen herumgesprochen hatte, dass die staatlichen Verpflegungssätze für die Helgoländer doppelt so hoch bemessen waren. So erhöhte manche Gemeinde auf eigene Kosten die Pauschale, um die Unterschiede auszugleichen.[35]

Die Hilfe der Schleswig-Holsteiner beschränkte sich aber nicht nur auf das Bereitstellen von Wohnraum. Die Kinder konnten die Schule besuchen, manche Gemeinde legte das Geld für die Kosten ärztlicher Behandlung aus, deren Übernahme der Oberpräsident in Königsberg lediglich in Aussicht gestellt hatte.

In allen Kreisen sammelte die „Ostpreußenhilfe“ Bekleidungsgegenstände, die die örtlichen Verteilstellen und die Landratsämter an Bedürftige abgaben.[36] Zur Unterstützung des Landkreises Tilsit, für den die Provinz im Sommer 1915 die Patenschaft übernommen hatten, rief der Oberpräsident im Oktober 1915 den „Schleswig-Holsteinischen Kriegshilfsverein für den Landkreis Tilsit“ ins Leben. Für den Wiederaufbau des Landkreises an der Memel sammelte der Verein bis 1921 von den Stadt- und Landkreisen 341 000 Mark. So bewilligte beispielsweise der Kreistag von Eckernförde Ende 1915 eine einmalige Hilfe von 10 000 Mark. Die Gelder dienten in

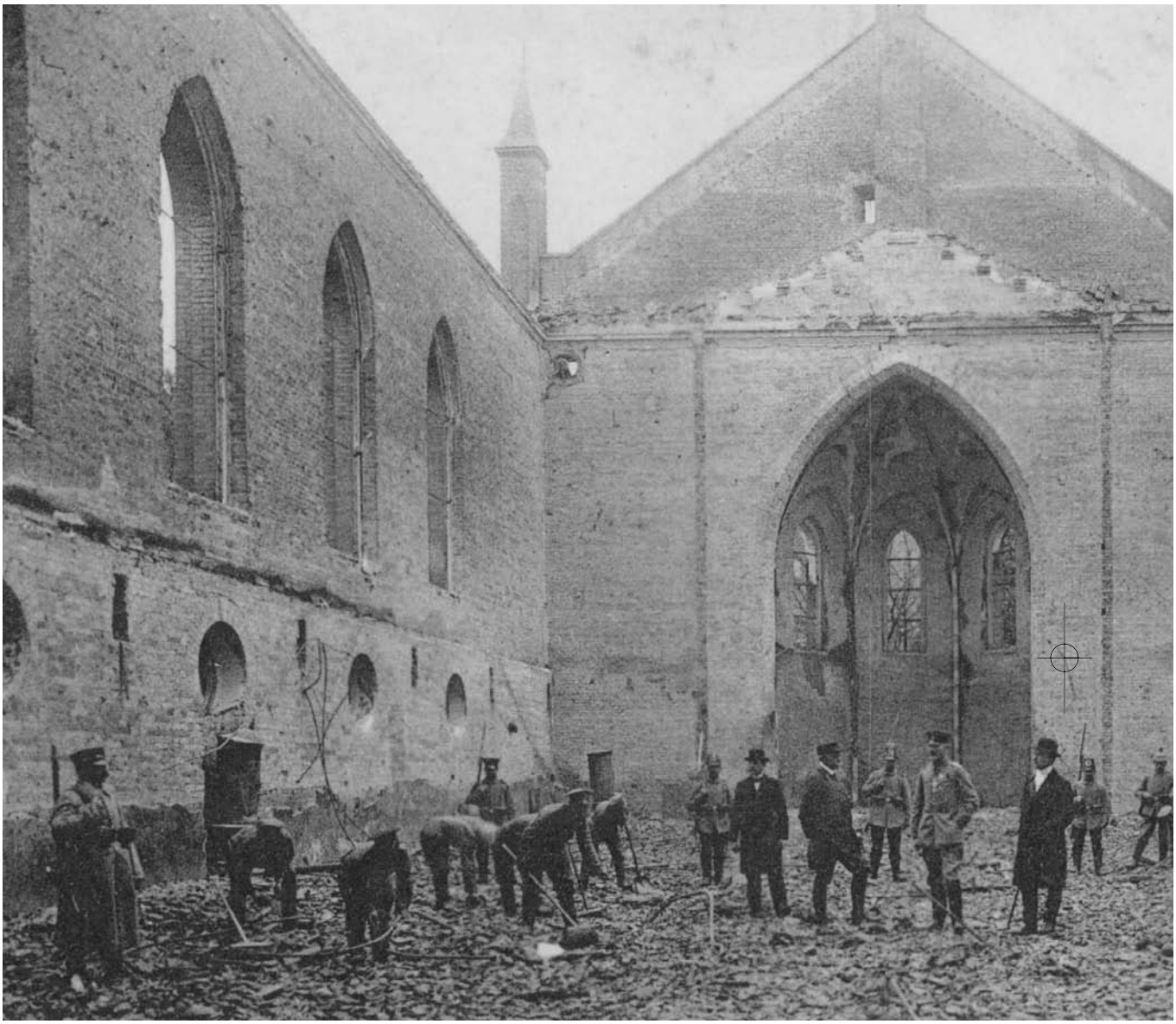
33 Vgl. ebd., Schreiben des Oberregierungsrates von Macard an den Oberpräsidenten vom 8. Januar 1915.

34 Vgl. ebd., Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten in Schleswig vom 14. November 1914.

35 Vgl. ebd., Schreiben des Oberregierungsrates von Macard an den Oberpräsidenten vom 8. Januar 1915.

36 Vgl. ebd., Schreiben des Königlichen Landrats des Kreises Stormarn in Wandsbek vom 3. Dezember 1914.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 124



Tilsit und Umgebung vor allem zur Unterstützung der Kleinsiedlungsgesellschaft, von Handwerk und Kleingewerbe und bedürftigen Landwirten.[37]

37 Vgl. LAS Abt. 320.3 Kreis Eckernförde, Nr. 2854.

Unterbringung der Flüchtlinge in Norderdithmarschen. Der Kreis Norderdithmarschen, der im Jahre 1914 eine Einwohnerzahl von 40420 Personen aufzuweisen hatte, wurde im November des Jahres angewiesen, für die Unterbringung von ca. 1200 ostpreußischen Flüchtlingen zu sorgen.[38] Die Flüchtlingsfamilien kamen mit der Eisenbahn am Abend des 18. November 1914 in Heide an, von wo aus sie am nächsten Tag auf die umliegenden Ortschaften verteilt wurden. Aus einem Nachweis, den der Kreis am 22. November 1914 stellte, ergibt sich die Verteilung der

38 Vgl. LAS Abt. 301, Nr. 1810.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 125

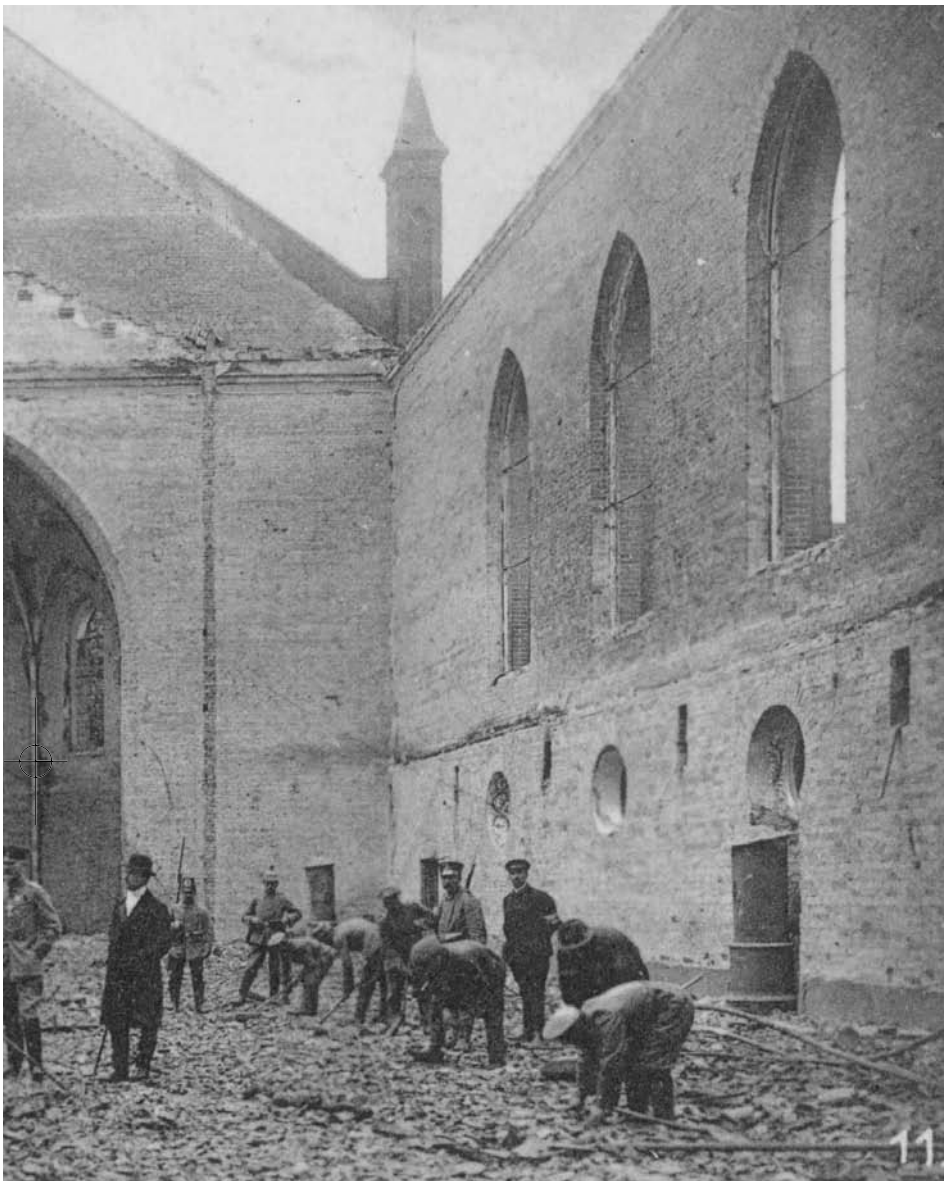


Abb. 5: Ansichtskarten als Informationsquelle und wirksame Werbeträger für die „Ostpreußenhilfe“. (Bildarchiv Hebbel-Museum Wesselburen)

Ostpreußen auf die einzelnen Gemeindebezirke. Es erhielten hiernach Büsum 148, Hennstedt 127, Lunden 193, Tellingstedt 192 und Wesselburen 190 Personen. Die kleineren Bezirke wurden mit einer geringeren Zahl belegt, so Delve mit 8, Hemme mit 41, Neuenkirchen mit 53, Norderwöhrden mit 30, Süderholm mit 21, Weddingstedt mit 65 und Fedderingen mit 18 Personen. In der Kreisstadt Heide selbst verblieben lediglich 31 Flüchtlinge, insgesamt wurden im Kreisgebiet also 1117 ostpreußische Flüchtlinge untergebracht.[39]

Berichte zu Ankunft und Aufenthalt der Ostpreußen in Norderdithmarschen sind rar. Am 20. November dankte Landrat Behncke[40] in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zweigvereins des Roten

39 Vgl. LAS Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3903.

40 Wilhelm Behncke (1858-1928) war Landrat von Norderdithmarschen von 1892 bis 1919.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 126

Kreuzes den Einwohnern von Heide und den Soldaten der 1. Landsturmkompanie Rendsburg für die selbstlose Hilfe beim „außerordentlich schwierigen Empfang“[41] der Flüchtlinge. Warum dieser Empfang als schwierig bezeichnet wurde, wird nicht weiter ausgeführt, doch die gewaltige Zahl der an einem Tag eintreffenden Menschen brachte fraglos erhebliche logistische Probleme mit sich. Die Schilderung des Korrespondenten in Neumünster gibt einen Eindruck von einer solchen Massenankunft: „Hier traf mit tausenden von Flüchtlingen aus Ostpreußen nach 15tägiger Bahnfahrt eine Mutter mit einem toten Kinde auf dem Arm ein. Zwei weitere Säuglinge starben in der Nacht und am darauffolgenden Donnerstag an den Unbilden der Witterung und infolge mangelhafter Bekleidung. Eine junge Mutter hatte hier auf dem Bahnhof ihre Niederkunft und mußte in den Unterkunftsräumen des Roten Kreuzes daselbst untergebracht werden. Drei alte Mütterchen erkrankten so schwer, dass sie dort ebenfalls gebettet werden mußten. Eine weitere Frau irrte auf dem Bahnhof umher, sie hatte so sehr gelitten, daß sie nicht mehr ohne Bewachung gelassen werden konnte. Kinder hatten ihre Angehörigen, die letzten ihre mitgeschleppten Sachen verloren; es war ein Bild zum Gotterbarmen.“[42]

41 Heider Anzeiger 20. November 1914.

42 Ebd.

Der Transfer der Flüchtlinge von Ostpreußen in den Westen war mit großen Schwierigkeiten für diese verbunden, das Eisenbahnpersonal zum Teil vollständig überfordert. Institutionen wie Rotes Kreuz und Kriegshilfe prangerten die schlechte Behandlung durch die Eisenbahnbetriebe an, die Personen ohne gültige Legitimationspapiere die Weiterfahrt an ihre Bestimmungsorte verweigerten, wenn sie nicht in der Lage waren, die Fahrt zu bezahlen.

Von Heide aus wurden die Flüchtlinge mit der Eisenbahn in die Aufnahmebezirke weitergeleitet, wo sie von der spendenbereiten Bevölkerung mit Kleidung versorgt wurden, um sie vor der Kälte – die Temperaturen lagen um den Gefrierpunkt – zu schützen. Zum Teil wurde auf in den Tagen zuvor gesammelte Kleiderspenden zurückgegriffen, die eigentlich nach Ostpreußen geschickt werden sollten, die nun aber für die Flüchtlinge im eigenen Lande verwendet werden konnten.

Die Unterbringung verlief in Norderdithmarschen recht unterschiedlich. Während die Ostpreußen in Lunden zunächst im örtlichen Werkhaus und im Saal der Gaststätte „Colosseum“ einquartiert wurden, bevor sie zum großen Teil bei Familien Aufnahme fanden, versuchte man in anderen Amtsbezirken, Wohnraum in öffentlichen Gebäuden (z. B. Schulen) zu finden, um die Einwohnerschaft nicht zu belasten, zumal auch in Norderdithmarschen schon eine nicht unerhebliche Einquartierung von Militär vorlag. Wo die Kapazitäten vorhanden waren, verzichtete die Kirchspielvertretung auf eine Weiterleitung in die Dörfer. So brachte das Seebad Büsum nicht nur die für den Ort selbst bestimmten, sondern auch die für Hedwigenkoog und Friedrichsgabekoog vorgesehenen Flüchtlinge in verschiedenen Hotels unter, die in diesem Kriegswinter ohnehin nicht mit Gästen belegt waren.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 127

Die ostpreußischen Flüchtlinge, die Wesselburen zugewiesen wurden, fanden Unterkunft in den Gebäuden der ehemaligen Zuckerfabrik, die von 1869 bis 1908 hier betrieben wurde und zu der eine Kaserne für ledige Saisonarbeiter und ein Wohnhaus für mehrere Arbeiterfamilien, das sogenannte Familienhaus, gehörten. Ökonomierat Bernhard Hinrich Schröder, der Eigentümer der Fabrik, hatte diese Wohnunterkünfte für die Unterbringung von geflüchteten Ostpreußen zur Verfügung gestellt. Die Räumlichkeiten von Kaserne und Familienhaus wurden von den verantwortlichen Stellen offenbar als groß genug eingeschätzt, denn ein Teil derjenigen Flüchtlinge, die andernfalls auf die Dörfer des Kirchspiels hätten verteilt werden müssen, fand ebenfalls in den Massenunterkünften Aufnahme.[43]

Die Unterbringung der vielen Menschen auf engem Raum war nicht unproblematisch, da sich oft mehrere Familien eine der ehemaligen Schlafkammern der Fabrikarbeiter teilen mussten. Ebenso wurden Klagen über die finanzielle Versorgung laut.

Am 15. Januar 1915 erreichte den Landrat in Heide eine von zehn in der Kaserne der Zuckerfabrik untergebrachten Flüchtlingen unterzeichnete Beschwerde darüber, dass ihnen und ihren Familien seit Anfang Januar der zehnte Teil ihres Unterstützungsgeldes für den Verbrauch von Wohn- und Brennmaterial abgezogen werde. Die Beschwerdeführer waren jedoch der Meinung, dass das ihnen ausgezahlte Geld von einer Mark für Erwachsene und 50 Pfennigen für Kinder pro Tag bei den teuren Einkaufspreisen gerade für den Erwerb von Nahrung ausreiche. Auf Anfrage berichtete Amts- und Gemeindevorsteher Voß[44] in Wesselburen von seinen Beweggründen für den Abzug: „Da aber wie sich jetzt herausstellt in der Kaserne monatlich für etwa 100 Mk. Feuerung verbraucht wird, war ich gezwungen hierfür entsprechende Abzüge zu machen. Der Abzug von 10% war um so gerechtfertigter als die Flüchtlinge im Familienhaus die Kosten für Heizung schon von Anfang tragen mußten.“[45]

Den Einwand der teuren Preise ließ Voß nicht gelten, da den Geflüchteten der Einkauf von Lebensmitteln wie Kartoffeln, Brot, Speck und Erbsen aus Kriegsbeständen zu bedeutend billigeren Preisen gestattet worden wäre. Einzelne Familien bekämen bis zu 49 Mark wöchentlich ausgezahlt; dies sei nach seiner Meinung „ein Betrag den sie in der Heimat ganz sicher nicht zu Verfügung gehabt haben. Gerade diese besser gestellten Familien sind am Unzufriedensten.“[46]

Abschließend stellte der Amtsvorsteher fest, dass in Wesselburen alles getan werde, um den Flüchtlingen ihr Los zu erleichtern, und der größte Teil von diesen das auch anerkenne. Das Gesuch der Beschwerdeführer auf Auszahlung des vollen Unterstützungsgeldes wurde am 20. Januar abgelehnt.

Über das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zu den Flüchtlingen ist wenig bekannt. Die Zeitungen meldeten offiziell, dass die Einwohner die Anwesenheit der Ostpreußen nicht als Belastung empfanden und die unglücklichen Landsleute freundschaftlich aufnahmen. Für den Teil der Kreisbewohner, der nicht als Soldat in

43 Vgl. z. B. Paul Voß: Die Chronik von Reinsbüttel, Wesselburen 1936, S. 28: „Ostpreußische Flüchtlinge auch die für Reinsbüttel bestimmten, wurden untergebracht in den Räumen der Zuckerfabrik in Wesselburen.“

44 Paul Voß, Amts- und Gemeindevorsteher in Wesselburen, ebenfalls Vorsitzender der Einquartierungskommission für das Militär, war verantwortlich für die Unterbringung der ostpreußischen Flüchtlinge.

45 LAS Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3904.

46 Ebd.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 128

Abb. 6: Das Städtchen Wesselburen in Norderdithmarschen: zwischen November 1914 und April 1915 Zufluchtsort für 190 ostpreußische Kriegsflüchtlinge. (Bildarchiv Hebbel-Museum Wesselburen)

den Krieg gezogen war und nicht den Verlust eines Angehörigen zu beklagen hatte, bestand der Krieg bisher aus Zeitungsmeldungen, einquartierten Soldaten, Spendensammlungen für die Front, Lebensmitteleinschränkungen und öffentlichen patriotischen Bekundungen. Die direkte Konfrontation mit menschlichem Elend war für viele neu, die Spendenbereitschaft entsprechend hoch – ein Zusammenhang, den auch der Korrespondent des Heider Anzeigers wahrnahm: „Die Bußtagskollekte für Ostpreußen erbrachte in der hiesigen Kirche den ansehnlichen Betrag von 122,60 Mk. Sie wäre wohl noch reichlicher ausgefallen, wenn das Elend der ostpreußischen Flüchtlinge hier schon durch Augenschein bekannt gewesen wäre:“[47] Jedoch reichten die gesammelten Spenden offenbar nicht aus, um alle Bedürfnisse der Flüchtlinge zu stillen. Besonders bei der Versorgung mit Kleidung kam es zu Engpässen. Im März 1915 beklagte sich Landrat Behncke darüber, dass in Gottesdiensten davon gesprochen worden sei, die Flüchtlinge könnten bei ihm in Heide Kleidung bekommen. „Ich habe aber keine Sachen mehr, die Bestände sind verteilt“[48], ließ er die Gemeindevorsteher in einem Schreiben vom 26. März 1915 wissen. Seines Wissens befänden sich in Neumünster noch Bestände an Kleidung und Wäsche, die Geflüchteten sollten sich dorthin wenden, sicher sei er sich aber nicht. Dieser Mangel beschränkte sich nicht auf den Kreis Norderdithmarschen, sondern es

47 Heider Anzeiger 21. November 1914.

48 Stadtarchiv Heide Abt. II, Nr. 413.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 129

war ein allgemeiner Rückgang der Spendentätigkeit zu verzeichnen. „Die flüchtigen Ostpreußen, die sich in der hiesigen Provinz befinden, haben einen erheblichen Bedarf an Schuhzeug sowie an Wäsche für Männer, Frauen und Kinder. Diese Gegenstände sind bei den Sammlungen in unverhältnismäßig geringer Zahl eingegangen. Die gesamte Öffentlichkeit wird daher gebeten zu helfen, daß diese Stücke soweit möglich, noch nachträglich zusammengebracht werden. Sie würden an das Fürsorgeamt in Neumünster zu überweisen sein.“[49]

49 Dithmarscher Bote 19. März 1915.

Diese Engpässe, besonders an Unterkleidung, verwundern nicht, wenn man bedenkt, dass in dieser Zeit nahezu wöchentlich Sammlungen von Kleidung, Nahrungsmitteln usw. stattfanden, die als Liebesgaben an die Soldaten der verschiedenen Frontabschnitte geschickt wurden. Der Mangel ist daher kein Indiz für ein mangelndes Interesse der Einheimischen am Schicksal der Flüchtlinge, sondern zeugt davon, dass auch in den als wohlhabend geltenden Kreisen wie Norderdithmarschen die Möglichkeiten der Bevölkerung langsam geringer wurden.

Allerdings ist das Verhalten der Einheimischen wohl nicht in jedem Fall freundschaftlich und opferbereit gewesen, denn am 22. Dezember 1915 sah sich Landrat Behncke genötigt, eine Anfrage an den Flüchtlingskommissar in Schleswig zu stellen. „Ich bitte mir Auskunft darüber zu geben, wie ich mich verhalten soll, wenn ein Eingesessener die Aufnahme von ostpreußischen Flüchtlingen verweigert. Der Landrat in Itzehoe hat nach Zeitungsnachrichten in einem Falle den Mann durch öffentliche Bekanntmachung an den Pranger gestellt; richtiger erscheint es mir, die Flüchtlinge auf Kosten des sich Weigernden unterzubringen, wenn dies möglich ist.“[50]

50 LAS Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3904.

Hierauf antwortete der Flüchtlingskommissar am 29. Dezember, dass dies leider nicht möglich sei, da für ein solches Vorgehen die Rechtsgrundlage fehle. Die Aufnahme von Flüchtlingen sei als „Ehrensache“ zu behandeln. Er selbst habe das Vorgehen des Landrates in Itzehoe zunächst befürwortet, allerdings lasse sich nicht allzu oft so verfahren, da es keine Zwangsmittel gebe und dies einer breiten Öffentlichkeit nicht unbedingt bekannt werden solle. Vielmehr solle man angesehene Persönlichkeiten ermuntern, Ostpreußen aufzunehmen, um damit eine Vorbildfunktion für andere zu übernehmen.

Eine Verweigerung der Aufnahme kam jedoch in Norderdithmarschen nur in Ausnahmefällen vor. In der Regel arrangierte sich die einheimische Bevölkerung mit der Situation, zumal in Dithmarschen vor dem Ersten Weltkrieg eine nicht unerhebliche Zahl von Ostpreußen in der Landwirtschaft gearbeitet hatte. Auf den großen Marschhöfen hatten viel junge ostpreußische Mädchen eine Anstellung gefunden. Hinzu kam, dass sich besonders im Raum Wesselburen ehemalige Arbeiter der Zuckerfabrik angesiedelt hatten, welche in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens Arbeitskräfte aus Ostpreußen angeworben hatte (später holte man für die Saisonarbeit Russen und Polen, denen eine Ansiedlung gesetzlich untersagt war). Ob diese Einwohner sich gegenüber ihren ehemaligen Landsleuten

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 130

besonders solidarisch zeigten, lässt sich nicht belegen, ein besonderes Gefühl der Verbundenheit wird aber sicherlich bestanden haben.

Die Berichte über die Zustände in Ostpreußen, über Tod, Verwüstung und Verschleppung, riefen innerhalb der aufnehmenden Bevölkerung neben Furcht und Wut eine große Anteilnahme hervor, die besonders den Kindern galt, deren Anteil an der Gesamtzahl der Flüchtlinge sehr hoch war. Die Bedingungen der Flucht hatten viele Kinder krank werden lassen, nicht wenige starben in den ersten Tagen nach der Ankunft, was dann in der Zeitung berichtet wurde: „Hemme: Auf dem hiesigen Friedhof bestattet wurde ein Kind der in Karolinenkoog untergebrachten ostpreußischen Flüchtlinge, das an Diphtheritis erkrankt und gestorben war. Da noch zwei weitere Kinder derselben Familie an dieser schweren Krankheit darniederliegen, konnten die Eltern ihrem Kinde nicht das letzte Geleit geben.“[51]

51 Heider Anzeiger 25. November 1914.

Die schulpflichtigen Kinder der ostpreußischen Flüchtlinge wurden bereits ab Dezember 1914 in der Volksschule Wesselburen unterrichtet, wobei auf die sonst übliche Erhebung des Gastschulgeldes verzichtet wurde.[52] Ähnlich verfuhr die Schulverwaltung in allen Amtsbezirken Norderdithmarschens. Am 22. Dezember bewilligte die Stadt Wesselburen 50 Mark für die Weihnachtsbescherung der 23 ostpreußischen Kinder in der Zuckerfabrik.

52 Vgl. Archiv des Hebbel-Museums in Wesselburen, Protokollbuch der Schuldeputation.

Ein Anhaltspunkt dafür, dass die Spendenbereitschaft zumindest in der Anfangsphase erheblich war, findet sich auch in der Tatsache, dass es relativ einfach war, diese auszunutzen. So meldete der Heider Anzeiger bereits am 27. November 1914 den ersten aktenkundigen Betrugsfall. So hatte sich eine Frau aus Großenaspe bei Neumünster sich als ostpreußischer Flüchtling ausgegeben, um Zuwendungen der Bevölkerung zu erschleichen. „Die 42jährige Landmannstochter Bertha L. aus Großenaspe reiste von einem zum andern Ort und erzählte den Leuten unter Tränen, sie sei die einzig überlebende Tochter einer kinderreichen Familie, alle übrigen seien in bestialischer Weise von den Russen ermordet. Mit vollen Händen wurde gegeben, bis die Polizei die Betrügerin festnahm.“[53]

53 Heider Anzeiger 27. November 1914.

Vor Probleme stellte die Behörden Norderdithmarschens die Erfassung der genauen Anzahl der im Kreisgebiet untergekommenen Personen.

Am 20. November 1915 hatte Landrat Behncke in Heide verfügt, dass ohne seine Genehmigung keinem der Flüchtlinge eine Abreise in die Heimat oder auch nur in andere Kreise gestattet werden dürfe,[54] jedoch hielten sich viele der Betroffenen nicht an diese Vorschrift, besonders, wenn sie die Absicht hatten, zu Verwandten in den anderen Westprovinzen des Deutschen Reiches zu reisen, und in der Lage waren, die Kosten für eine Bahnfahrkarte aus eigenen Mitteln aufzubringen. Hierdurch herrschte in den Monaten November und Dezember ein Kommen und Gehen, das von den Behörden kaum zu überblicken war. Hingegen wurden Flüchtlinge, die sich die Mittel zur Reise nicht leisten konnten, in der Regel beim zuständigen Amtsvorsteher vorstellig, um die begehrten Freifahrtscheine zu erhalten, wodurch genauere Angaben über Einzelschicksale in die

54 Vgl. LAS Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3904.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 131

Akten gelangten. So meldete am 21. Dezember 1914 der Amtsvorsteher Voß in Wesselburen, dass bei ihm der Flüchtling Wilhelm Erdmann, geboren am 26. September 1898 in Zinten, erschienen sei. Dieser erklärte, er sei bis Mitte November im Kreis Lötzen bedienstet gewesen und auf der Flucht mit seinem Dienstherrn nach Wesselburenerkoog gekommen. Er beabsichtigte nun, zu seiner in Zinten, Kreis Heiligenbeil, wohnhaften Mutter zurückzukehren, und bat, da er völlig mittellos war, um die Erteilung eines Freifahrtscheines. Nach Rückfrage beim Landrat des Kreises Heiligenbeil wurde seiner Bitte stattgegeben, und der junge Mann konnte die Heimreise antreten. Viele Flüchtlinge warteten allerdings eine Entscheidung des Landratsamtes nicht ab, sondern reisten auf eigene Kosten, insbesondere, wenn es ihnen gelungen war, den Aufenthalt von Familienangehörigen auszumachen, die ihnen das Fahrgeld zukommen lassen konnten. Auf offiziellem Wege bestand nämlich noch die Gefahr, dass der Zielkreis die Aufnahme verweigerte, da man dort die Kosten dieser „Familienzusammenführung“ in der Folgezeit zu tragen haben würde.[55]

55 Vgl. ebd.

Durch die Gefahr des Reiseverbotes war die Zahl der Personen, die sich ohne Erlaubnis auf den Weg machten, beträchtlich. Auf die Ostpreußen, die in Holstein untergebracht waren, scheint besonders Altona anziehend gewirkt zu haben. Nach Meinung des Oberbürgermeisters lag dies an der unter seiner Leitung stehenden „Ostpreußenhilfe“, die durch Sammlungen beträchtliche Mittel in Form von Kleidung und Lebensmitteln zusammengebracht hatte und an Flüchtlinge, die bei Verwandten in Altona untergekommen waren, laufende Unterstützungen zahlte. Altona, das den Flüchtlingen noch den Anreiz der Großstadt bot, fürchtete, in steigendem Maße Ziel dieser Übersiedlung zu werden und durch die Kosten der Versorgung immer höheren Belastungen ausgesetzt zu sein. „(…) Hier kommen sie dann mittellos, hungrig, meist in völlig unzureichender Kleidung an, werden von der Polizei oder vom Roten Kreuz oder von der Kriegshilfe (…) an die Ostpreußenhilfe gewiesen und müssen dann wohl oder übel von dieser mit Beköstigung, Obdach und Kleidung versehen werden. (…)“[56]

56 LAS Abt. 301, Nr. 1810.

Deshalb wandte sich der Oberbürgermeister schon am 24. November 1914 mit der Bitte um Abhilfe an den Oberpräsidenten in Schleswig, wenn er auch einräumte, dass in gewissen Fällen eine Übersiedlung zu Verwandten sinnvoll sein könne, da die Flüchtlinge sich bei diesen wohler fühlen würden als bei fremden Quartierwirten und wohl auch die Kosten für den Staat geringer ausfallen würden. Doch diese Art der Übersiedlung dürfe unbedingt nur mit Erlaubnis der Behörden geschehen. Trotzdem fanden im gesamten Zeitraum der Anwesenheit ostpreußischer Flüchtlinge in Schleswig-Holstein unerlaubte Abreisen auch aus Norderdithmarschen statt. Allerdings wurde dieses Problem ab März 1915 durch die größer werdende Zahl von Rückkehrenden zusehends geringer.

Die letzten ostpreußischen Flüchtlinge verließen Wesselburen, mit Ausnahme einer Frau, die wegen Krankheit vorläufig nicht rei-

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 132

Abb. 7: Landrat Wilhelm Behncke organisierte die Flüchtlingsaufnahme in Norderdithmarschen.
(Bildarchiv Hebbel-Museum Wesselburen)

sen konnte, am 13. April 1915, wie aus einer Meldung des Amtsvorstehers an Landrat Behncke in Heide hervorgeht.[57]

In den Tagen zuvor herrschte Unsicherheit unter den Geflüchteten, ob eine sichere Rückkehr in ihre Heimatkreise auch tatsächlich gewährleistet sei. Gerüchte kursierten über einen neuerlichen Einfall russischer Truppen in Ostpreußen, die von einem tatsächlichen Vorfall, bei dem es zu Kämpfen im nördlichen Memelland gekommen war, angestachelt wurden. Das Militär versuchte, diesen Vorfall herunterzuspielen, indem es die schwachen russischen Truppenverbände als „Banden“ und „Mordbrenner“[58] bezeichnete, die leicht vertrieben werden konnten. Da jedoch auch offizielle Stellen in Norderdithmarschen offenbar keine für die Flüchtlinge zufriedenstellende Auskunft geben konnten, stellte der Wesselburener Hauptpastor direkte telegraphische Anfragen an die Landräte der ostpreußischen Kreise, aus denen sich noch Flüchtlinge in Wesselburen befanden. „Pastor Franke hat auf eine Anfrage an den Landrat von Lyck über Rückkehr der Flüchtlinge die Auskunft erhalten, dass der Kreis Lyck völlig freigegeben ist, und der Rückkehr nichts mehr im Wege steht. Auf eine gleiche Anfrage an den Landrat von Marggrabowa (Kreis Oletzko) ist eine Antwort bisher nicht eingegangen.“[59]

Diese ‚völlige Freigabe’ war jedoch Einschränkungen unterworfen, die einzelne ostpreußische Familien zum Teil noch mehrere Monate festhielt.

Am 1. Mai 1915 befanden sich in ganz Norderdithmarschen noch 125 Flüchtlinge. Bei diesen Personen handelte es sich vorwie-

57 Vgl. LAS Abt. 320 Norderdithmarschen, Nr. 3905, auch: Dithmarscher Bote 13. April 1915: „In den letzten Tagen kehrten aus unserer Gegend mehrere ostpreußische Familien, die als Flüchtlinge hier gastliche Aufnahme fanden, in ihre Heimat zurück.”

58 Dithmarscher Bote 19. März 1915.

59 Dithmarscher Bote 9. April 1915.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 133

gend um Bewohner der ostpreußischen Kreise Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Oletzko, Goldap, Stallupönen, Pillkallen, Memel, sowie des nördlich der Memel gelegenen Teils des Landkreises Tilsit und des östlichen Teils des Landkreises Ragnit. Die wirklich vollständige Freigabe ließ noch bis September 1915 auf sich warten, da Staatskommissar von Berg wegen der katastrophalen Wohnsituation in den zerstörten Städten und Dörfern zögerte, auch Personen, die nicht in der Lage waren, „(…) Arbeit zu leisten und zur Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens beizutragen (…)“, die Rückkehr zu gestatten.[60]

Am 27. September 1915 verließ die letzte Flüchtlingsfamilie[61] die Stadt Heide, nachdem der Magistrat beim Landrat in Lyck nachgefragt hatte, ob eine Unterkunft für die fünf Personen in ihrer Heimat vorhanden war. Dies war eine Voraussetzung für die Erlaubnis zur Rückreise.

Ungewöhnlich selten finden sich in Norderdithmarschen Berichte zum Aufenthalt der ostpreußischen Flüchtlinge, die keinen offiziellen Charakter haben. Erwähnungen in Orts- und Schulchroniken gehen meist auf Erinnerungen des jeweiligen Verfassers oder eines anderen Zeitzeugen zurück, was die Abweichung von amtlichen Zahlen erklärt. Oft beschränken sich diese Quellen, wenn sie sich der Thematik überhaupt widmen, auf eine bloße Feststellung der Anwesenheit von Flüchtlingen. „Im November kamen 153 Flüchtlinge aus Ostpreußen mit 34 schulpflichtigen Kindern.“[62] oder „Im November 1914 kamen 60 Flüchtlinge aus Ostpreußen mit 6 Kindern nach Hemme, die wegen der Kriegshandlungen gegen Russland ihre Heimat verlassen mußten.“[63]

Etwas ausführlicher ist die von einem Augenzeugen zeitnah geschriebene Schulchronik des Dorfes Lehe bei Lunden: „Am 19. November kommen Flüchtlinge aus Ostpreußen, alle Kreise Holsteins sind belegt. Nach Norderdithmarschen kommen gegen 1200, von Heide aus werden sie auf die einzelnen Ortschaften verteilt, nach Lunden kommen etwa 200, davon nach Lehe 19. Welche Armut! An Hab und Gut ist nur wenig gerettet, wehrfähige Männer sind nicht darunter, nur Frauen, Kinder und alte Männer. Sie stammen aus der Gegend von Lyck und Goldap. Die schulpflichtigen Kinder besuchen hier die Schule, Kenntnisse sind bei einigen recht gut, besonders in Deutsch und Geschichte, weniger im Rechnen, bei einigen auch sehr mäßig. Alle sind gut untergebracht, meistens in Familien, der Staat bezahlt dafür die Unterstützung; gegen Ostern sind sie wieder abgereist.“[64]

Der Grund für den geringen Nachhall, den die Anwesenheit der ostpreußischen Flüchtlinge des Ersten Weltkrieges in der heimatkundlichen Literatur Dithmarschens gefunden hat, muss wohl, neben der ungünstigen Quellenlage, in der relativ kurzen Aufenthaltsdauer von November 1914 bis Mai 1915 und natürlich in der Tatsache, dass dieses Thema von der Vertriebenenproblematik während des Zweiten Weltkriegs und danach in den Schatten gestellt wurde, gesucht werden.

60 Stadtarchiv Heide Abt. II, Nr. 413.

61 Auguste Dehn aus Lyck mit drei Kindern und ihrer Schwiegermutter Henriette Deh; das Unterstützungsgeld, das die Stadt Heide für diese Familie aufbringen musste, betrug 105 Mark pro Monat.

62 Kurt Schulte: Das Schulwesen in Büsum, Büsum 1981, S. 22.

63 Hermann Lorenzen: Chronik der Gemeinde Hemme, Husum 1995, S. 213.

64 Nach Kurt Dummann: Chronik und Werdegang der Schulen im Kirchspiel Lunden 1578-1990, Krempel 1991, S. 62.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 134

Heimkehr der Flüchtlinge. Das Bestreben, eine schnelle Heimkehr der Flüchtlinge zu erreichen, einte die Oberpräsidien in Schleswig und Königsberg.

Für den Flüchtlingskommissar von Macard in Schleswig galt es zum einen, die Ernährung und Versorgung mit Bekleidung für die erhebliche Zahl von Flüchtlingen sicherzustellen. Zum anderen ergaben sich erhebliche Kosten, die die Gemeinden, Kreise und die Provinz zu tragen hatten. Die Einquartierungen in Kriegszeiten drohten zudem, bei längerer Dauer die Stimmung der einheimischen Bevölkerung zu belasten – kein unwichtiger Aspekt angesichts rarer werdender Erfolgsnachrichten von der Front.

Dem Landeshauptmann von Berg in Königsberg lag daran, die Rückkehr in die Kreise voranzutreiben, die keiner Kriegsgefahr mehr ausgesetzt waren und in denen die Infrastruktur ausreichte, um die heimkehrenden Bewohner zu ernähren. Die Provinz hatte in den vorausgegangenen Jahrzehnten erheblich unter einem Bevölkerungsrückgang zu leiden gehabt, die lukrativeren Industriearbeitsplätze in Westdeutschland hatten zahlreiche Landarbeiter aus den östlichen deutschen Provinzen angelockt. Ein weiterer erheblicher Aderlass konnte nur zum Nachteil der Provinz sein.

Von Macard unterstützte die Bemühungen von Bergs um seine Landsleute bereitwillig. Das Quartiergeld wurde schon ab dem 5. Dezember 1914 nur noch für die Flüchtlinge gewährt, die aus den Kreisen stammten, in die eine Rückkehr noch nicht ratsam war.[65]

Von Macard leitete am folgenden Tag eine Liste weiter, die diese Kreise näher bestimmte. Demnach galten der Regierungsbezirk Königsberg und die westlichen Kreise des Regierungsbezirks Allenstein als sicher, nicht aber die anderen Kreise des Bezirks Allenstein und der Bezirk Gumbinnen.[66]

Der ostpreußische Flüchtlingskommissar suchte aber auch Wege, die Verbindung zu seinen weiterhin evakuierten Landsleuten zu halten. So gab er erstmals am 6. Dezember 1914 eine Zeitung heraus, die sich alle zwei Wochen an die Flüchtlinge außerhalb der Provinz richtete. In unzähligen Kleinanzeigen versuchten Familien, den Kontakt zu ihren durch die Kriegswirren verschwundenen Angehörigen wieder herzustellen. Der „Heimatbote für Ostpreußen“, der in Königsberg erschien und den Flüchtlingen kostenlos zugestellt wurde, sollte die „Liebe zur Heimat“ wachhalten und „um diese über das Reich zerstreuten Ostpreußen ein geistiges Band der Gemeinschaft schlingen“, wie von Batocki in der ersten Ausgabe kund tat. Der Oberpräsident sorgte sich aber auch um das Auftreten seiner Landsleute in der Fremde. Eindringlich wandte er sich mit einer Bitte an die Leser: „Macht dem ostpreußischen Namen in der Fremde Ehre. Von Eurem Verhalten wird es für Jahrzehnte abhängen, ob unsere Heimatprovinz im ganzen Reiche Liebe und Achtung genießt. Nur wenn das der Fall ist, können wir später auf die bereitwillige Hilfe ganz Preußens und Deutschlands beim Wiederaufbau unserer zerstörten Provinz rechnen. Vergeßt darum nie, daß Ihr Gäste seid und erweist Euch durch willige Hilfeleistungen und durch gefälliges

65 Vgl. LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2103, Schreiben des Regierungspräsidenten an den Landrat in Itzehoe vom 5. Dezember 1914.

66 Vgl. ebd., Schreiben des Oberregierungsrates von Macard an den Landrat in Itzehoe vom 6. Dezember 1914.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 135

Suche meinen Vater Gottl. Lyjs aus Krzhsöwken, Kr. Oletzko. Bef. mich in Fanger, Kr. Naugard in Pommern. Frau Anna Bogenschneider. 778

Gef. werden Frau Minna Moser u. Fr. Auguste Bergenroth aus Wöszupchen, Kr. Pillkallen, von Joseph Moser aus Wöszupchen, zurz. bei Ernst Ary, Moorsee p. Kiel, Holst.

Suche meine 4 Kinder Marie Wronewitz, Johanna, Charlotte u. Gustav Romanowsky, Eva Romanowsky aus Borzymmen, Kr. Lyck, in Krempel b. Lunden, N.-Dithm. 780

Suche meine Eltern Eduard u. Anna Adamski aus Kutzen, Kr. Oletzko. Bertha Lörzer, zurz. Moorhusen p. Reuendorf, Holstein. 781

Suche m. Sohn Emil. W. Dittombée, Bublitz in Pommern.

Suche Verwandte u. Bekannte. A. Eggert, Dagutschen, Kreis Pillkallen, zurz. b. Herrn Böge, Hoven b. St. Michaelisdonn, Holstein. 773

Abb. 8: Suchanzeigen im „Heimatboten für Ostpreußen" im Januar 1915.
Tausende von Familien hatten durch die Flucht Angehörige aus den Augen verloren. (Landesarchiv Schleswig)

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 136

und freundliches Verhalten gegen Eure Quartiergeber dankbar für die Euch erwiesene Hilfe. (…) Haltet auch in der Fremde in Treue fest an Eurem christlichen Glauben und an Gottes Wort und betet zu Gott um den Sieg unserer Waffen, um die Befreiung unserer Heimatprovinz von dem drohenden feindlichen Ansturm.

Bewahrt Liebe und Treue unserem Kaiser und König, der für Euch in der Fremde sorgt und der die Liebe und Treue des deutschen Volkes in dieser schweren Kriegszeit besonders nötig hat. Behaltet auch in der Fremde Eure alte ostpreußische Heimat lieb und kehrt, sobald es der Sieg unserer Waffen ermöglicht, in die Heimat zurück. (…) Vieles werdet Ihr, wenn Ihr heimkehrt, zerstört und beschädigt finden, und schwerer Arbeit wird es bedürfen, um alles wieder herzustellen. Aber auf Befehl unseres Königs wird nach errungenem Siege vom Staat alles geschehen, um den heimkehrenden Ostpreußen den Wiederaufbau des Zerstörten zu erleichtern; und wenn alle Ostpreußen ihrer Heimat treu bleiben, wird es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen, Ostpreußen zu neuer, zu schönerer Blüte als vor dem Kriege wieder erstehen zu lassen. Das walte Gott.“[67]

67 Heimatbote für Ostpreußen, Nummer 1, Königsberg i. Pr., 6.12.1914.

Ganz in diesem Sinne enthielt der „Heimatbote“ neben unterhaltenden Texten und Kriegsberichten auch schon Anregungen für die Zukunft. Ein Königsberger Architekt stellte bereits in der ersten Ausgabe Pläne für ländliche Wohnhäuser vor, detailliert mit alternativen Grundrissen, um den unter Umständen hoffnungslosen Flüchtlingen neue Möglichkeiten aufzuzeigen.

Auch die ostpreußische Landwirtschaftskammer verschickte ab Februar 1915 ihr Amtsblatt „Georgine“ an geflüchtete Landwirte in Schleswig-Holstein.[68]

68 Vgl. LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2105, Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vom 12. Januar 1915.

Das Königliche Konsistorium in Königsberg entsandte einen Pfarrer für die Seelsorge der Ostpreußen in Holstein. Pastor Bobeth aus Mallwischken im Kreis Pillkallen erhielt seinen Dienstsitz im evangelischen Gemeindehaus in der Karlstraße in Neumünster. In diesem Gemeindehaus verteilte die Ostpreußenhilfe Neumünster dienstags und freitags Bekleidungsstücke an Flüchtlinge, die Bescheinigungen von den Gemeindevorstehern mitzubringen hatten, welche Kleidungsstücke sie benötigten.[69]

69 Vgl. LAS Abt. 320.10 Norderdithmarschen, Nr. 3904.

Von Batocki regte im Januar 1915 zusätzlich ein besonderes Projekt an: „Es scheint erwünscht, als Unterlage für eine spätere Darstellung der ostpreußischen Kriegsereignisse möglichst zutreffende kurze Schilderungen ostpreußischer Flüchtlinge über ihre Erlebnisse während des feindlichen Einbruchs zu sammeln.“ Von Batocki hoffte auf die Mithilfe von Geistlichen oder Lehrern in den Zufluchtsorten, die er bat, für ihre Befragungen „solche Männer und Frauen auszuwählen, von welchen eine verständige, zutreffende, Übertreibungen vermeidende Darstellung zu erwarten ist. (…) Die Gewährsleute müssen vor der Aufnahme ihrer Angaben zur Wahrheit ermahnt werden. Es ist ihnen mitzuteilen, daß die Aufnahme nur für allgemeine Zwecke erfolgt und mit der Kriegsentschädigung der einzelnen nichts zu tun hat.“[70]

70 LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2105, Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vom 12. Januar 1915.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 137

Doch die Erfolge der deutschen Truppen an der Ostfront ermöglichten dann rascher die Rückkehr der Flüchtlinge, als es mancher zu hoffen gewagt hatte.

Nachdem die Truppen des Zaren Ostpreußen endgültig räumen mussten, gab Staatskommissar von Berg ab Ende Februar einen Kreis nach dem anderen für die Rückkehr der Flüchtlinge frei. Wenig später warb der ostpreußische Oberpräsident von Batocki in Berlin bei seinen Bemühungen um Unterstützung beim Wiederaufbau seiner Provinz auch um Verständnis für seine Landsleute: „300 000 Flüchtlinge befinden sich noch außerhalb der Heimat, was bei einer Bevölkerung von nur 2 1/4 Millionen ein außerordentlich hoher Bruchteil ist. Die wichtigste Aufgabe der Zukunft wird es sein, es zu erreichen, daß möglichst viele von den Flüchtlingen zurückkehren. Es sind manchmal Klagen über das Verhalten der Flüchtlinge laut geworden. Möchte aber jeder zunächst einmal überlegen, wie er selbst sich als Flüchtling benehmen würde. Wenn man aus seiner Heimat, von seinem Wurzelsystem losgerissen wird, dann werden natürlich leicht die weniger edlen Charaktereigenschaften hervor- und die besseren Eigenschaften zurücktreten. Ich bitte, mit meinen geflüchteten Landsleuten, wo sie etwas versehen, nicht zu scharf ins Gericht zu gehen, sondern an das schwere und harte Schicksal zu denken, das sie durchgemacht haben. Wenn sie heimkehren, wird es ihnen gelingen, ihre Auffassungen wieder in das rechte Gleis zurückzuführen.“[71]

Fazit. Im ersten Kriegswinter trafen die Flüchtlinge in Norderdithmarschen und in den meisten anderen holsteinischen Kreisen auf eine große Solidarität und ausgeprägte Hilfsbereitschaft seitens der einheimischen Bevölkerung, obwohl sich die durch die Mobilisierung der meisten wehrfähigen Männer unter großem Arbeitskräftemangel leidende Wirtschaft von den ankommenden Menschen keine Hilfe versprechen konnte. Die meisten Flüchtlinge waren Alte, Frauen und Kinder. Die Berichterstattung über die Kriegsschrecken im Osten und die zahlreichen Aufrufe zur Solidarität verfehlten ihre Wirkung nicht. Hervorzuheben ist fraglos, dass der preußische Staat und privat organisierte Interessengemeinschaften nebeneinander verschiedene Hilfsaktivitäten initiierten, ohne dass es dazu eines gesetzlichen Zwanges bedurfte.

Die Unterbringung erfolgte mehrheitlich in Privatunterkünften oder Gasthäusern. In einigen Gemeinden dienten leerstehende Wohngebäude als Flüchtlingslager. Wenn auch manche Ressentiments gegenüber den ‚Fremden‘ bestanden, verweigerten Einheimische doch nur in wenigen Fällen ihre Unterstützung.

Der enge Kontakt zur einheimischen Bevölkerung führte gelegentlich zu kleineren Reibereien. Der feste Wille der meisten Flüchtlinge, baldmöglichst in die Heimat zurückzukehren, und die große Zuversicht aller Beteiligten, dass es Hindenburg gelingen werde, nach dem Sieg bei Tannenberg erneut rasch die russischen Truppen aus Ostpreußen herauszudrängen, erleichterte aber offenbar das Nebeneinander. Im Zuge allgemeiner Siegeszuversicht begriffen die

71 LAS Abt. 320 Steinburg, Nr. 2108, Vortrag von Batocki in Berlin am 16.3.1915.

05 Köhler/Möller 01.06.2008 20:26 Uhr Seite 138

Dithmarscher die Flüchtlinge als Gäste auf Zeit, und in der Tat endete die ‚Einquartierung‘ bereits nach wenigen Monaten. Wegen der Kürze des Aufenthaltes der Flüchtlinge entstand keine Notwendigkeit eines Integrationsprozesses, der für beide Seiten mit vielen Schwierigkeiten beladen gewesen wäre. Damit verbundene soziale Spannungen oder Konkurrenzsituationen, die eine Ablehnung der ‚Fremden‘ hätten nach sich ziehen können, blieben weitgehend aus – hier liegt ein gewichtiger Unterschied zur Aufnahme der Flüchtlinge aus Ostdeutschland, die am Ende des Zweiten Weltkrieges kamen.

Da gewöhnlich nur Teile einer Familie die Flucht angetreten hatten und die Flüchtlinge mittellos waren und in der neuen Umgebung ein karges Dasein fristen mussten, fehlte jeder Anreiz, länger als notwendig in Norderdithmarschen zu bleiben. Die Oberpräsidien in Königsberg und Schleswig bemühten sich gemeinsam um einen möglichst problemlosen Verlauf der Evakuierung und waren beide an einer raschen Rückkehr der Flüchtlinge interessiert.

So ist es zu erklären, dass schon im Herbst 1915, ein Jahr nach der Flucht, alle Flüchtlinge nach Ostpreußen zurückgekehrt waren.

Und soweit blieben sie nur eine Episode im Gedächtnis der ehemaligen Gastgeber, bei denen die Kriegseuphorie der ersten Monate merklich nachgelassen hatte. Die Erinnerung eines Flüchtlings an die Zeit nach der Heimkehr im April 1915 galt gleichermaßen für die Schleswig-Holsteiner: „Nun fing für uns ein schweres Leben an, denn der Krieg war ja noch nicht beendet:“[72]

72 Karl Alwast: Die Flucht meiner Eltern im Ersten Weltkrieg, in: Hans Krüger u.a. (Red.), Heimatvertriebene der Insel Föhr erzählen, Hamburg 1983, S. 105.